



Sessionsbericht

Nr. 2 / Sommer 2020

Ihr EVP-Team im Nationalrat

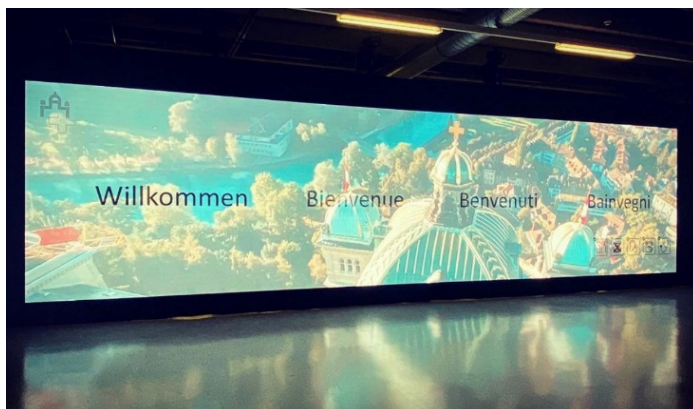
Marianne Streiff BE	marianne.streiff@parl.ch	079 664 74 57
Nik Gugger ZH	nik.gugger@parl.ch	079 385 35 35
Lilian Studer AG	lilian.studer@parl.ch	076 575 24 77

Liebe Leserin, lieber Leser

Die Sommersession 2020 fand wie die ausserordentliche Session in der Bernexpo statt. Der Charme des Bundeshauses fehlte zwar, doch die Ruhe ohne all die Lobbyisten und weiteren Besuchenden in der Wandelhalle war hingegen weiterhin sehr angenehm.

Gewichtige Geschäfte standen an, nicht nur weitere Nachtragskredite und Anliegen aufgrund Covid-19, auch das CO₂-Gesetz oder der Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative wurden u.a. beraten. Über einiges möchten wir in diesem Bericht berichten. Wir wünschen Ihnen beim Lesen viel Freude.

Mit herzlichen Grüssen und den besten Wünschen für die Sommerzeit!



Die EVP-Nationalratsmitglieder:
Marianne Streiff, Nik Gugger und
Lilian Studer.

In diesem Bericht:	Seite
CO2-Gesetz	2
KOVI	3
Ehe für alle	3
Strategie der internationalen	
Zusammenarbeit	4
Überbrückungshilfe für ältere Arbeitslose	4
Senkung der Gesundheitskosten	5
Verschärfung des Zivildienstes	5
Nachtragskredite Covid-19	6
VI Verhüllungsverbot	6
Vorstösse	7

CO₂-Gesetz

Nachdem der Nationalrat gegen den alleinigen Widerstand der SVP mit klarem Mehr auf die Revision des CO₂-Gesetzes eingetreten war, bestätigte er im Verlauf der Debatte die Klimaziele, um die Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens einzuhalten: Die Schweiz soll ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber 1990 halbieren. Von der EVP unterstützte Minderheitsanträge für eine noch stärkere Reduktion blieben erfolglos. Zumindest fanden aber auch Anträge auf geringere Ziele keine Mehrheit. Wir von der EVP stehen aber klar hinter dem vom Nationalrat so verabschiedeten CO₂-Gesetz. Zu einigen Punkten:

Der Rat sprach sich mit den Stimmen der EVP für ein ambitionierteres Inlandziel aus, als es Bundesrat und Ständerat vorgeschlagen hatten: Mindestens 75 Prozent der Emissionsreduktionen sollen demnach in der Schweiz selbst erbracht werden. «Ein möglichst hohes Inlandziel trägt dazu bei, dass wir in der Schweiz künftig weniger in die Infrastruktur fossiler Energien investieren. Damit machen wir die Schweiz mittel- und langfristig unabhängiger von umfangreichen Importen fossiler Energieträger», begründet Marianne das höhere Ziel für Massnahmen in der Schweiz.

Auch eine Flugticketabgabe zwischen 30 und 120 Franken je nach Distanz und Klasse fand nach dem Ständerat auch im Nationalrat mit 132 zu 56 Stimmen eine deutliche Mehrheit. «Es handelt sich um eine Lenkungsabgabe: Wer wenig oder gar nicht fliegt, wird belohnt, wer viel fliegt, zahlt mehr. Gut die Hälfte der Einnahmen wird anschliessend wieder an die Bevölkerung zurückerstattet», begründet Nik die Zustimmung der EVP-Delegation. Die geschätzten Einnahmen von mindestens einer halben Milliarde pro Jahr können zudem in erneuerbare Energien investiert werden.

Die CO₂-Abgabe auf fossile Brennstoffe kann der Bundesrat nach dem Willen der Mehrheit des Nationalrates zwischen 96 und 210 Franken pro Tonne CO₂ festlegen. Die CO₂-Abgabe hat sich als eine echte Lenkungsabgabe bewährt. Sie trägt zur Kostenwahrheit bei und unterstützt CO₂-ärmere Lösungen. Sie ist sozialverträglich, weil zwei Drittel der Einnahmen wieder zurück an Bevölkerung und Wirtschaft gehen. Und bis zu einem Drittel wird in Klimaschutzprojekte im Gebäudebereich investiert. Wir begrüßen deshalb diesen Entscheid.

Mit den Stimmen der EVP folgte die Mehrheit des Nationalrates dem Ständerat und verabschiedete Massnahmen, um die Treibstoffimporte stärker zu kompensieren. Der Benzinpreis kann dadurch künftig um maximal 12 Rappen erhöht werden.



Aussenplatz beim Bernexpo-Gelände, ein passendes und hoffnungsvolles Bild zur CO₂-Debatte.

Konzernverantwortungsinitiative

Ein langer Kampf im Parlament mit traurigem Ausgang. Immer und immer wieder haben wir uns für die Ziele der Initiative und einen griffigen indirekten Gegenentwurf eingesetzt, so wie ihn der Nationalrat schliesslich erarbeitet hatte. Nun hat sich aber der Ständerat durchgesetzt.

Die ständerätliche Alternative ist aus Sicht der EVP-Ratsmitglieder ungeeignet, die Probleme zu lösen, die die Initiative angehen will. «Der Gegenvorschlag des Ständerates ist eine reine Alibiübung. Einzelne Konzerne dürften weiterhin ohne Konsequenzen verantwortungslos wirtschaften», kritisierte Marianne den Vorschlag des Ständerates vor dem Rat. Dieser sieht lediglich eine Berichterstattungspflicht für Unternehmen vor. Derartige Hochglanzbroschüren haben sich jedoch in der EU als wenig wirksam erwiesen, weshalb zum Beispiel auch Deutschland daran ist, ein Lieferkettengesetz zu erarbeiten. Diesem von der Konzernlobby orchestrierten Modell konnten wir überzeugt nicht zustimmen und werden uns dafür einsetzen, dass die EVP sich schweizweit für die Annahme der Initiative stark macht. Da zählen wir auf Ihre Unterstützung: Sie alle können gratis die orangenen Fahnen bestellen und sie an Ihre Balkone, Fenster etc. hängen. Das wirkt länger und besser als Plakate: www.konzern-initiative.ch/fahne

Ehe für alle

Gleichgeschlechtliche Paare sollen die Ehe eingehen können. Gleichzeitig soll auch der Zugang lesbischer Ehepaare zur Samenspende möglich werden. Das hat der Nationalrat gegen den Widerstand von Parlamentenmitgliedern aus SVP, CVP, EVP und EDU beschlossen. Die Fortpflanzungsmedizin ist jedoch als medizinische Ultima ratio gedacht. Gleichgeschlechtliche Paare können von Natur aus kein Kind zeugen. Deshalb sollten wir hier nicht künstlich eingreifen. Als EVP-Ratsdelegation haben wir die Vorlage in dieser Form abgelehnt. Eine rote Linie wurde für uns hier überschritten. Eine Minderheit von uns hätte die Kernvorlage noch unterstützt. Auch die Parteibasis hatte sich in einem im Februar erhobenen Meinungsbild mit mehr als 86 Prozent deutlich gegen eine Vorlage inklusive Samenspende für weibliche Ehepaare ausgesprochen.

Aktuell haben gleichgeschlechtliche Paare die Möglichkeit, ihre Partnerschaft eintragen zu lassen. Die eingetragene Partnerschaft ist aber nicht mit denselben Rechten und Pflichten verbunden wie die Ehe. Unter-



schiede gibt es beispielsweise bei der Einbürgerung und auch die gemeinschaftliche Adoption von Kindern ist nicht erlaubt. Das wird sich nun mit der Revision ändern. Einige Fragen, die sehr viel Zündstoff bergen, bleiben vorerst offen.

Auch die von der EVP gänzlich abzulehnende Leihmutterschaft stand nicht zur Diskussion. Das Geschäft geht nun an den Ständerat. Das letzte Wort wird wohl jedoch das Volk haben. Die EDU hat bereits das Referendum angekündigt.

Strategie der internationalen Zusammenarbeit

Für die Internationale Zusammenarbeit (IZA) wird für den Zeitraum 2021 bis 2024 ein Rahmenkredit in der Höhe von 11.25 Milliarden Franken vorgeschlagen. Dies hat der Nationalrat nun auch bestätigt. Dies führt zu einer voraussichtlichen APD-Quote (APD: Aide publique au développement) von 0.46% des Bruttonationaleinkommens (BNE). Ohne Berücksichtigung der in der APD verbuchten Betreuungskosten für Asylsuchende würde die Quote rund 0.41% betragen. Der Mehrheitsantrag der Aussenpolitischen Kommission mit einer moderaten Erhöhung des Rahmenkredits um 241 Millionen Franken hatte leider knapp keine Chance.

Nik votierte für die Minderheit der Mitte-Fraktion und appellierte an die Menschlichkeit, in eine lebenswerte Zukunft für alle zu investieren und sich an einer APD-Quote von 0,5% zu orientieren, also die Aufstockung zu unterstützen. «Alles andere wäre ein purer Hohn und der Schweiz nicht würdig», waren seine Worte.

Zur Erinnerung: Das Parlament hatte schon 2011 entschieden eine APD-Quote von 0.5 Prozent des BNE zu erreichen. 2017 wurde dieses Ziel noch einmal bekräftigt. International hat sich die Schweiz zudem immer wieder dafür ausgesprochen den anerkannten Richtwert von 0.7% des BNE zu erreichen. Länder wie Schweden, Luxemburg, Norwegen, Dänemark und Grossbritannien übertreffen diesen schon längst und geben jährlich bis zu 1% ihres BNE für Entwicklungszusammenarbeit aus. Luxemburg beispielsweise erreichte 2019 eine APD-Quote von 1.05% ohne den Einbezug von Asylkosten.

Zudem führte Nik in seinem Votum aus: In Entwicklungsländern werden die ökonomischen Folgen der COVID-19 Pandemie um Vieles gravierender und langfristiger als in der Schweiz sein. Nach neuster Schätzung der Weltbank dürften allein im laufenden Jahr weltweit bis zu 60 Millionen Menschen in extreme Armut geraten. Damit wird der erste Anstieg der weltweiten Armutsrate seit 1998 Realität. Die 17 Entwicklungsziele

Aufsteller aus einem Mail

«Alle DREI auf einmal, die für die EVP im Nationalrat sind, habe ich noch nicht erlebt, ausser auf dem Video. Von weitem habe ich Euch heute gesehen und habe Euch vom Velo aus gegrüsst beim Breitenrain.

Regelmässig treffen wir uns in der Gebetsgruppe vom Bundespersonal und beten im Besonderen für Euch.

Das habe ich dann auch getan unterwegs mit dem Velo auf dem Heimweg.»

der «Agenda 2030», insbesondere das Ziel, «Armut in allen ihren Formen und überall zu beenden», rücken somit in weite Ferne. [Votum Nik >>](#)

Überbrückungsleistung für ältere Arbeitslose

Personen, die nach dem 60. Altersjahr von der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert werden, sollen bis zur ordentlichen Pensionierung eine Überbrückungsleistung (ÜL) erhalten, wenn sie in erheblichem Umfang erwerbstätig waren und nur wenig Vermögen besitzen. Das Reinvermögen muss weniger als 50'000 Franken (für Alleinstehende) und 100'000 Franken (für Ehepaare) betragen. Der Bundesrat rechnete bei seinem Gesetzesentwurf mit Kosten von rund 230 Millionen Franken. Der Nationalrat und der Ständerat haben nun ihre Differenzen bereinigt und die Vorlage zu Ende beraten. Für die EVP-Nationalratsmitglieder war die Annahme keine Frage. Ihre Haltung war: Es braucht unterschiedliche Massnahmen, um ältere Arbeitslose zu unterstützen.

Senkung der Gesundheitskosten

Der Nationalrat hat einen ersten Teil von Massnahmen gegen hohe Gesundheitskosten in Angriff genommen und mit unserer Unterstützung zugestimmt. Dabei sollen mehrere hundert Millionen Franken pro Jahr gespart werden. U.a. wurde im ersten Paket die Rechnungskontrolle verbessert. Die Krankenkassen, die die Rechnung direkt bezahlen, müssen nun laut Nationalrat den Patientinnen und Patienten eine Rechnungskopie zustellen. Dies kann auch elektronisch geschehen. Mit unserer Unterstützung und einer knappen Mehrheit beschloss der Nationalrat zudem, dass Patientenorganisationen die Patienten bei der Interpretation der Rechnung unterstützen können. Ein weiterer Punkt ist die Zuständigkeit eines nationalen Tarifbüros für die Erarbeitung und Anpassung der ambulanten Tarifstruktur Tarmed. Die Stärkung von Pauschaltarifen im ambulanten Bereich wurde auch gutgeheissen. Damit bestehe kein Anreiz, möglichst viele Leistungen zu erbringen. Vorgesehen ist eine gesamtschweizerisch einheitliche Tarifstruktur. Auch ein Experimentierartikel wurde eingeführt, um innovative und kostendämpfende Projekte ausserhalb des normalen Rahmens des KVG zu ermöglichen. Inhaltlich, räumlich und zeitlich begrenzte Pilotprojekte dürfen von den Regeln des KVG abweichen, damit neue Modelle erprobt werden können, welche kostengünstiger sind.



Nik pflegt einen guten Austausch mit Bundesrätin Viola Amherd, auch in dieser Session.

Unnötige Verschärfung beim Zivildienst abgewehrt

Der Nationalrat lehnt die Verschärfung des Bundesgesetzes des zivilen Ersatzdienstes in der Schlussabstimmung ab! Dies war immer unsere Hoffnung. Im Dezember trat der Nationalrat auf die Teilrevision des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst nur sehr knapp ein. Lilian Studer sprach damals für Minderheit der Fraktion der Mitte aus CVP, EVP und BDP. Wir berichteten darüber in der Nummer 1/Winter 2019. Es ging insbesondere um Verschärfungen bei Personen, welche die Rekrutenschule, aber auch weitere Dienstage im Militär schon absolviert haben und den Rest ihrer Dienstpflicht im Zivildienst tätigen möchten. Für uns ist die Ablehnung sehr erfreulich. Ein Referendum und dann eine Volksabstimmung erübrigt sich damit.

[Link zum Votum Lilian in der srf-Tagesschau >>>](#)

Nachtragskredite und Covid-19

Die Nachtragskredite von 16 Milliarden Franken in der Sommersession waren mehrheitlich unbestritten. Der grösste Teil fliesst in die ALV, damit sie die Schuldobergrenze nicht erreicht. Einer Verlängerung der Ausfallentschädigung für Kulturunternehmende- und -schaffende, einem Ausbau der indirekten Presseförderung oder einem Beitrag an die Humanitäre Hilfe sowie an die multilaterale Zusammenarbeit wurde u.a. als weitere Ausgaben zugestimmt. Bei der Humanitären Hilfe gab es Kürzungsanträge wie aber auch einen Antrag, den Betrag zu erhöhen. Beides hatte keine Chance. Der Erhöhung des Betrags der Humanitären Hilfe hatten wir als EVP unterstützt. Im Nachtragskredit unterstützt der Nationalrat auch die rückzahlbaren Darlehensbeiträge für das Internationale Komitee vom Roten Kreuz oder für die Fussball- und Hockeyligen. Der Einsatz vom Tracing App hat nun auch eine gesetzliche Unterstützung erhalten. Die dringliche Änderung des Epidemiengesetzes wurde unterstützt. Auch eine Lösung für Geschäftsmieter, die von der Notverordnung betroffen waren, ist nun in Sicht, da der Nationalrat und der Ständerat sich geeinigt haben und einen Vorstoss unterstützten. Die Vermieter sollen nun 60% der Mietkosten erlassen. Die Umsetzung wird aber nicht vor Herbst geschehen.

Volksinitiative Verhüllungsverbot

Marianne sprach als Sprecherin für die Mehrheit der Fraktion der Mitte. CVP-EVP-BDP: «Die Notwendigkeit, sich zu identifizieren und damit auch das Gesicht zu zeigen, besteht bereits heute. Einige Kantone kennen auch ein Verhüllungsverbot. Wir sind prinzipiell für die Autonomie der Kantone. Aber hier liegt auch ein Teil des Problems. Es ist für Touristen



Die beiden EVP-Nationalrätinnen in den EVP Farben im Gelände der Bernexpo.

fast unmöglich, zu wissen, in welchen Kantonen was gilt und unverständlich, dass in einem kleinen Land hier verschiedene Regelungen gelten. Gerne hatzen wir die Problematik auf gesetzlicher Ebene gelöst, aber leider ist der indirekte Gegenvorschlag aus unserer Sicht viel zu wenig griffig. Ja, die Gegner der Initiative haben recht: Von einer Burka tragenden Frau geht in den seltensten Fällen eine Bedrohung der Sicherheit aus. Das ist keine Frage der Sicherheit, sondern eine Frage der Gleichberechtigung und der Kompatibilität mit den Werten und der Kultur der westlichen Gesellschaft. In unserer Kultur sind Männer und Frauen gleichgestellt. In unserer Kultur begegnen sich Menschen im öffentlichen Raum mit unverhulltem Gesicht. Die Burka ist ein absolut frauenverachtendes Kleidungsstück.» [Votum Marianne >>>](#)

Nik nannte drei Gründe in seiner Rede für die EVP für ein Ja zur Initiative und zum Gegenvorschlag: 1) Es wirkt für uns befremdlich, das Gesicht eines Menschen nicht zu sehen. 2) Der Schutz der Rechte und Freiheiten von Frauen. 3) Das Verbot ist nicht genderspezifisch formuliert. Der Vorschlag verbietet Gesichtsverhullung überhaupt – ausser für Gründe der Gesundheit, der Sicherheit, der klimatischen Bedingungen und des einheimischen Brauchtums. Dies gilt somit auch u.a. für Hooligans bei Fussballspielen oder dem Schwarzen Block bei Demonstrationen. Die Initiative wurde vom Rat abgelehnt. Wir von der EVP stimmten für Initiative und Gegenvorschlag. [Votum Nik >>>](#)

In dieser Session eingereichte Fragen und Vorstösse:

Marianne Streiff

- Motion «Arbeitsausbeutung als Straftatbestand»
- Interpellation «Optimaler Einsatz aller Dienstpflichten zur Bewältigung von Notlagen»
- Interpellation «Wird zur Organentnahme nach Herzkreislauf-Stillstand der Hirntod aktiv sichergestellt?»

[Link Vorstösse Marianne >>>](#)

Nik Gugger

- Postulat «Berufsbildung für die digitalisierte Wirtschaft von morgen»
- Interpellation «Der Bundesrat verspricht seit vielen Jahren die Privat-anwendung griffig zu regulieren – wann macht er es endlich?»
- Fragen in der Fragestunde zu den Themen «Für Bienen gefährliche Wirkstoffe in Pestiziden, Einhaltung der Auflagen von Pestiziden, Wie viele bienengefahrliche Pestizide sind für die Hobbygartnerei zugelassen, Wie viele bzw. welche synthetischen Pyrethroide und Organophosphate sind in der Schweiz heute zur Anwendung zugelassen

[Link Vorstösse Nik >>>](#)

Impressum:
Verfasst und gestaltet von
Nik Gugger, Marianne Streiff
und Lilian Studer

Versand: Geschäftsstelle
der EVP Schweiz



Lilian Studer

- Postulat «Förderung von regionalem Coworking»
- Interpellation «Der Zivildienst darf in einer Krise nicht eingeschränkt werden»

[Link Vorstösse Lilian >>>](#)

